

REDE

Zukunftsperspektiven der NE-Metallindustrie

Ulrich Grillo,
Vorsitzender des Vorstandes der Grillo-Werke AG
Präsident Wirtschaftsvereinigung Metalle e.V. (WVM)

anlässlich der
Jubiläumsfeier „50 Jahre Industrieverband Feuerverzinken“
23. Oktober 2008 in Berlin

Redezeit: 30 - 40 min

Sperrfrist: 23. Oktober 2008, 14.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Lieber Herr Henssler, lieber Herr Deimel,
lieber Herr Staatssekretär Schauerte (*falls noch anwesend*),
meine Damen und Herren,

ich stehe jetzt vor einer ziemlichen Herausforderung:
Sie haben Professor Opaschowski und mir die Rolle zgedacht,
Ihnen in dieser äußerst turbulenten Zeit
etwas über die Zukunft zu sagen –
und das auch noch unmittelbar nach dem Mittagsbuffet.

Als ich im Frühjahr Ihre Einladung angenommen habe,
um heute bei Ihnen über das Thema
„Zukunftsperspektiven der NE-Metallindustrie“ zu sprechen,
sah die Welt noch etwas anders aus:

Die Konjunktur war robust,
die Herausforderungen für unsere Branche ernst,
aber wir standen zumindest auf einigermaßen festem Grund.

Heute, durch das Erdbeben der Finanzkrise,
ist der Boden unter unseren Füßen wackliger geworden.
Welchen Konsequenzen sich daraus für die Realwirtschaft ergeben,
ist schwierig zu beurteilen.

Ich nehme an,
auch Professor Opaschowski wird angesichts der aktuellen Ereignisse
ebenfalls in den letzten Tagen intensiv an seinem Vortrag
„Deutschland 2030. Wie wir in Zukunft arbeiten und leben“
gefeilt haben – zumindest was die Analyse der Ausgangslage betrifft.

Wir werden in einen Abschwung hineinkommen – ja.
Dennoch können wir daraus mittelfristig gestärkt hervorgehen,
denn wir sind grundsätzlich gut aufgestellt
und haben die Kraft, die Herausforderung erfolgreich zu bewältigen,
- vorausgesetzt es werden uns nicht noch
zusätzliche Gewichte draufgepackt.

Wir sollten dennoch bei aller Dramatik der Ereignisse
eines nicht vergessen:

**Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist,
sie zu gestalten.**

Dafür ist der Industrieverband Feuerverzinken ein gutes Beispiel.

Mittelständisch geprägt,
erfüllen Sie seit 50 Jahren erfolgreich Ihren Anspruch,
Motor und Katalysator des Fortschritts
für die Feuerverzinkungsindustrie zu sein.

Trotz aller Höhen und Tiefen,
die Ihre Branche in den letzten 50 Jahren durchlebte,
haben Sie es geschafft,
sich erfolgreich im Markt zu behaupten und als Verband
für Ihre Mitglieder wesentliche Impulse zu geben.
Darauf können Sie zu Recht stolz sein.

Als Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle,
aber auch ganz persönlich als jemand,
der Ihnen durch unseren gemeinsamen Werkstoff Zink
sehr nahe steht,
gratuliere ich Ihnen daher herzlich
zu Ihrem 50jährigen Jubiläum.

Sie sind seit vielen Jahren geschätztes Mitglied
in der Wirtschaftsvereinigung Metalle.
Sie bringen sich dabei mit wertvollen Fachbeiträgen ein,
unter anderem als aktives Mitglied unserer „Initiative Zink“
und in der Initiative „Metalle pro Klima“.
Das seit vielen Jahren auf der Tagesordnung stehende
„Risk Assessment Zink“ haben Sie mit großem Engagement
maßgeblich mit gestaltet und erfolgreich vorangetrieben.

Der politische Abend der WVM war nicht zuletzt deshalb solch ein Erfolg, weil die Präsenz der Mitglieder Ihres Verbandes enorm war.

Ich danke Ihnen herzlich und freue mich auf unsere künftige intensive und konstruktive Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Herausforderungen, denen sich unsere Unternehmen in Zukunft gemeinsam stellen müssen.

Lieber Herr Henssler,
in Ihrem Vortrag heute morgen, haben Sie uns einen eindrucksvollen Einblick in 50 Jahre Industrieverband Feuerverzinken gegeben. Vergleicht man **1958**, das Jahr Ihrer Verbandsgründung, mit der Situation heute, so stellt man - wie ich finde - fest, dass es einige zentrale Dinge gibt, die für den Erfolg und die Zukunftsfähigkeit eines Landes, seiner Wirtschaft und Gesellschaft, von entscheidender Bedeutung sind.

Es sind dies:

1. ein robustes und funktionierendes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem,
2. klare und verlässliche internationale Spielregeln
3. eine wettbewerbsfähige wirtschaftliche Basis sowie
4. eine wertorientierte Bürgergesellschaft.

Fehlt eines oder mehrere dieser Kriterien dauerhaft, erodiert das gesamte System wie man derzeit deutlich sieht.

Auf **deutsche** Verhältnisse übertragen bedeutet dies:

Der Erfolg und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängt ab von:

1. einer funktionierenden **Sozialen Marktwirtschaft**, die offen ist für dynamische Anpassungen an die Herausforderungen einer globalisierten Welt.
2. der Integration Deutschlands in ein kraftvolles und funktionsfähiges Europa; die Einbindung in internationale Organisationen wie beispielsweise die Welthandelsorganisation und die Sicherstellung gleicher Spielregeln für alle Beteiligten.
3. der Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie als Basis unserer Wertschöpfung und unseres Wohlstandes.

Wir werden auf Dauer nicht davon leben können, uns gegenseitig die Haare zu schneiden.

Das „**3-D-Modell**“ von Dichtern, Denkern und Dienstleistern wird in Deutschland und in Europa nicht funktionieren.

Schließlich:

4. der Orientierung und Ausrichtung unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens an Werten wie **Vertrauen, Verlässlichkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl.**

Familienunternehmen sind das wahre Rückgrat der deutschen Wirtschaft.

Ich weiß, wovon ich spreche, und ich bin – wie Sie - stolz darauf.

Für Familienunternehmen sind Werte und Engagement für das Gemeinwohl keine Worthülse

– sie leben diese Werte Tag für Tag.

Durch Ihr Vorbild und die Bereitschaft,

Verantwortung für ihre Mitarbeiter, ihre Kunden und

für das Gemeinwohl zu übernehmen,

schaffen Sie **Vertrauen.**

Wer weiß das besser als Sie –

die Unternehmen der **Feuerverzinkerindustrie.**

Einer Branche mit weit überwiegend

mittelständischen Familienunternehmern.

Vertrauen ist ein äußerst kostbares Gut – wie man derzeit sehen kann.

Vertrauen kann man nicht erzwingen.

Es muss wachsen – ganz allmählich -

und es muss immer wieder erarbeitet werden.

So gesehen ist **Vertrauen, die vornehmste Form der Effizienz.**

Um ein Beispiel zu nennen:

Ein Banker - oder überhaupt ein Unternehmer -,

dessen Leistung sich ausschließlich an den Ertragserwartungen
des eigenen Instituts messen lassen muss,

erliegt nicht selten der Versuchung,

die Kennzahl eher im Blick zu behalten,

als das Bedürfnis des Kunden.

Wann dann noch ein auf kurze Zeiträume gerichtetes Controlling

und überzogene Zielvereinbarungen hinzukommen,

dann ist für Glaubwürdigkeit, für Vertrauen, wenig Platz.

Erst Vertrauen schafft Raum für flexibles Handeln

und macht ein engmaschiges Regelwerk überflüssig.

Mehr noch:

Zu viel Regeln und Kontrolle verhindert,

dass Vertrauen überhaupt erst entstehen kann.

Vertrauen kann man durch noch so viel Kontrolle nicht erzwingen.

Das gilt im Geschäftsleben genauso wie im privaten Bereich.

Stellen Sie sich einmal vor, wie Sie reagieren würden, wenn Ihre Partnerin oder Ihr Partner zu Ihnen sagt:

„Du kannst mir vertrauen“.

Damit wäre der Grundstein für Unsicherheit und Zweifel erst gelegt.

Wenn dann beispielsweise noch die Forderung

nach einer genauen Protokollierung

aller Telefongespräche hinzukäme,

dann würde durch eine überzogene Kontrolle

sämtliches Vertrauen zerstört.

Dieses Beispiel auf die Finanzkrise übertragen zeigt:

Vertrauen ist durch nichts zu ersetzen.

Selbst noch so ausgefeilte Regeln und Kontrollen

- so es sie denn in dieser Situation überhaupt gab -,

können Vertrauen nicht dauerhaft schaffen.

Dennoch sind Regeln und Kontrollen wichtig.

Sie müssen aber den Raum für die Entstehung von Vertrauen geben.

Deshalb sind Familienunternehmen

in einer Sozialen Marktwirtschaft unverzichtbar.

Sie stabilisieren das System durch ihre Tugenden, indem sie

1. als Unternehmer persönlich verantwortlich sind und häufig auch persönliches Risiko tragen.
2. ihre Unternehmensziele mittel- bis langfristig ausrichten statt dem kurzatmiges Diktat mancher Finanzanalysten zu folgen.
3. die Gewinne häufig im Unternehmen lassen und so mehr Kapital für Wachstum und Investitionen zur Verfügung stellen,
4. Innovationen vornehmen, die oft weltweit zur Spitzenreiterposition führen, denn Sie wissen:
„Wenn alles so bleiben soll, wie es ist, muss sich vieles ändern“.

Familienunternehmen schaffen **Vertrauen**.

Insofern ist die Finanzkrise, die wir derzeit erleben, keine Krise **im** System, sie ist eine Krise **des** Systems.

Sie ist tatsächlich eine Vertrauenskrise, denn es fehlte am Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems.

Wäre es „nur“ eine Krise **im** System, dann würden unsere bestehenden Instrumente im Prinzip ausreichen.

Wäre die Finanzklemme nur eine **Illiquiditätskrise**, weil sich die Banken nicht ausreichend Geld leihen, dann könnten die Zentralbanken das Problem in ihrer Funktion als „Kreditgeber der letzten Instanz“ alleine lösen.

Leider handelt es sich aber – wie Professor Snower, der Präsident des Kieler Institutes für Weltwirtschaft zu Recht meint - derzeit auch um eine **Solvenzkrise**, in der viele Finanzinstitute eine unzureichende Kapitalausstattung - im Klartext: eine unzureichende Zahlungsfähigkeit – haben, um die Realwirtschaft, d.h. uns Unternehmen mit Krediten zu versorgen.

Dieses Problem können die Zentralbanken nicht lösen. Letzten Endes kann nur der Staat, d.h. der Steuerzahler, die Solvenz der Finanzinstitutionen gewährleisten.

So wie Illiquiditätskrisen von der Zentralbank als „**Kreditgeber der letzten Instanz**“ überwunden werden können, brauchen Zahlungsunfähigkeitskrisen einen „**Käufer der letzten Instanz**“, den Staat. Nur er kann in einer solchen Situation als „**Hüter der Ordnung**“ - wie die Bundeskanzlerin sagt -, dem System das dringend benötigte Vertrauen zurückgeben.

Daher begrüße ich auch ausdrücklich das Hilfspaket,
das die Bundesregierung und die EU
zur Überwindung der Finanzkrise und
zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Märkte geschnürt haben.

Klar ist auch:

Staatliche Eingriffe können nur ein Teil der Lösung sein.
Sie sind in dieser Situation sozusagen eine notwendige,
aber keine hinreichende Bedingung.

Wir brauchen einen tiefgreifenden Bewusstseinswandel.

Vor allem brauchen wir eine Überarbeitung
der geltenden Finanzmarktregeln.

Alles andere greift zu kurz.

Was wir allerdings nicht brauchen,

ist eine Renaissance der staatlichen Bevormundung.

Ich sehe durchaus die Gefahr,

dass diese Situation zu Ideologisierung und Überreaktion führen kann.

Wir müssen uns davor hüten,

die Finanzkrise als grundsätzliches Versagen der Marktwirtschaft
oder als Argument gegen die Globalisierung zu interpretieren!

Was wir brauchen ist ein internationaler Ordnungsrahmen, der Wettbewerb und offene Märkte fördert, der die Einhaltung einheitlicher Spielregeln sicherstellt und uns vor Entgleisungen schützt.

Das Vertrauen an den Finanzmärkten muss wieder hergestellt werden. Aus den Fehlern der Vergangenheit müssen wir lernen für die Zukunft!
Was bedeutet das ?

1. Die Banken brauchen ein verbessertes **Risikomanagement**.

Die Anreizsysteme im Bankensektor müssen so ausgestaltet werden, dass risikoreiches Verhalten nicht nur belohnt, sondern im Schadensfall auch bestraft wird.

2. Die **Finanzaufsicht** ist gefordert.

Genau wie die Kreditfunktion der Zentralbanken mit dem Recht zur Bankenaufsicht verbunden ist, kann der Staat nur dann zum „Käufer der letzten Instanz“ werden, wenn er das Recht zur Aufsicht und Kontrolle der von ihm gestützten Institute hat.

3. Auch die **Rating-Agenturen** sind in der Pflicht.

Wir brauchen international einheitliche oder weitestgehende vergleichbare Zulassungsverfahren und Aufsichtsprozeduren. Mit nationalen „Insellösungen“ werden wir die Probleme nicht in den Griff bekommen.

Vertrauen ist der Schlüssel zu Lösung des Problems.

Genau wie nach 1945 brauchen wir auch heute

- ein robustes und funktionierendes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem,
- klare und verlässliche internationale Spielregeln,
- eine wettbewerbsfähige wirtschaftliche Basis sowie
- eine werteorientierte Bürgergesellschaft.

Das galt 1958 bei der Gründung Ihres Verbandes genauso, wie es heute Gültigkeit hat.

1958 war das Jahr der Unterzeichnung der **Römischen Verträge** zur Gründung der **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft**.

1958 konstituierte sich zum ersten Mal das **Europäische Parlament**

1958 kamen die erstmals deutschlandweit verwendbaren **Autotelefone** auf den Markt.

Sie kosteten damals fast 50 Prozent des gesamten Autos und wurden noch handvermittelt.

Ich werde im Folgenden auf das Auto Beispiel noch häufiger kommen.

1958 war das Jahr, in der das **Wirtschaftswunder**

- und damit der Siegeszug der **Sozialen Marktwirtschaft** – begann.

Vorausgegangen war 1948 die Währungsreform sowie

die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung und der Preisbindung durch Ludwig Erhard.

Dies ist übrigens ein schönes Beispiel für Mut und die Fähigkeit, unverrückbare Glaubenssätze in Frage zu stellen und sich auch gegen Widerstände an veränderte Situationen anzupassen.

Nur wenige Stunden vor Inkrafttreten der Währungsunion

wurde Erhard zum damaligen US-Militärgouverneur

Lucius D. Clay zitiert, der ihn anbrüllte und ihm vorwarf,

mit der von ihm selbst verfügten Freigabe

der Zwangsbewirtschaftung für viele Waren

habe er die alliierten Militärgesetze verändert

und damit gegen sie verstoßen.

Clay forderte die unverzügliche Rücknahme der Maßnahmen.

Erhard antwortete: "Von mir nicht!

Ich habe Ihre Gesetze nicht verändert, ich habe sie aufgehoben!"

Darauf Clay: "Meine Berater sagten mir,

Sie hätten einen schrecklichen Fehler gemacht!"

Erhard nickte und sagte: "Meine Berater sagen mir das Gleiche!"

Wir wissen alle, wie die Geschichte weiterging.

Warum erzähle ich Ihnen das ?

Weil ich überzeugt bin, dass wir damals wie heute aus den Ereignissen lernen können und müssen.

Weil wir nur auf dem Boden einer sauberen Analyse die richtigen Schlussfolgerungen für die Zukunft ziehen können und:
Weil wir durch die Finanzkrise erkennen können, worauf es zur Sicherung des Erfolgs und der Zukunftsfähigkeit unseres Landes wirklich ankommt.

**Es ist eine Illusion zu glauben,
man könne dauerhaft aus Nichts Gold machen.**

Was wir brauchen, ist

- eine funktionierende **Soziale Marktwirtschaft**.
- die Einbindung in starke internationale Organisationen, die die **Einhaltung der Spielregeln** sichern.
- eine **starke Industrie** und vor allem
- einen starken **industriellen Mittelstand**.

Es wird oft vergessen:

Die geistige Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft ist der heute so geschmähte **Neoliberalismus**.

Sehr zu Unrecht, denn sein Ziel war ja gerade die Weiterentwicklung und klare Abgrenzung gegenüber den Auswüchsen des Laissez-Faire-Liberalismus des 19. Jahrhunderts.

Die Gründerväter des Neoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft wollten einen **starken Staat**, der im Interesse der Allgemeinheit und auf der Grundlage von Gesetzen in das Wirtschaftsgeschehen eingreift, der das private Eigentum, die Vertragsfreiheit und die Eigenverantwortung sichert und der Monopole verhindert und den Wettbewerb sichert.

Der Staat hilft nur, wenn man sich selbst nicht mehr helfen kann. Das ist das so genannte **Subsidiaritätsprinzip**.

Die **Finanzkrise** wurde zur **Vertrauenskrise des Systems**, weil diese elementaren Zusammenhänge ignoriert wurden. Die reale Gefahr ist, dass daraus auch eine **Absatzkrise**, eine **Krise der Realwirtschaft** wird.

Ich beobachte derzeit mit großem Interesse, dass die Politik diese Zusammenhänge zu begreifen beginnt und zu erkennen scheint, dass der **industrielle Kern** in Deutschland unverzichtbar für die Sicherung unseres Wohlstandes ist.

Der **SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier** bezeichnete „eine starke Industrie, das produzierende Gewerbe und den breiten Mittelstand“ als „Segen“ für Deutschland. Genau wie der **Bundespräsident**, der vergangene Woche im SPIEGEL deutlich die „industrielle Basis unserer Volkswirtschaft als Stärke und Vorteil“ Deutschlands hervorhob.

Bundeskanzlerin Merkel, sagte vergangenen Dienstag beim Deutschen Maschinenbaugipfel wörtlich:
„Wir können uns nicht in eine Situation begeben, dass all diese wunderbaren Industriezweige zum Schluss nicht mehr bestehen und die Welt insgesamt auch nichts davon hat, weil wir dann nichts mehr exportieren können.“

Meine Damen und Herren,
die Worte hör' ich wohl,
es müssen nun aber rasch Taten folgen.

Die Politik muss begreifen:

**Industrie ist nicht alles,
aber ohne Industrie ist alles nichts !**

Die Lage ist ernst: Führende Wirtschaftsforschungsinstitute sehen in Ihrem **Herbstgutachten** letzte Woche Deutschland bereits am Rande einer Rezession.

Im kommenden Jahr soll die deutsche Wirtschaft nur noch um 0,2 Prozent wachsen, das sind 1,2 Prozentpunkte weniger, als noch im Frühjahr prognostiziert.

Weltweit stürzten die Börsen ab.

Innerhalb einer Woche verloren die Börsen in **New York 18 Prozent, Tokio 25 Prozent, Frankfurt 22 Prozent, Moskau 26 Prozent.**

Ein Absturz, nach dem Russland den Handel sogar für zwei Tage ganz aussetzte.

Die großen US-Pensionsfonds verloren binnen 18 Monaten rund 2000 Milliarden (2 Billionen) Dollar.

Die **deutsche Industrie** meldete bereits in den letzten Monaten deutliche Rückgänge bei den Auftragseingängen.

Noch verfügen wir über ein gutes Polster an Auftragsbeständen, die in diesem Jahr abgearbeitet werden können.

Insgesamt werden die deutschen Exporte angesichts der Turbulenzen auf den Weltmärkten in diesem Jahr aber weniger steigen als in den letzten Jahren.

Zeigte 2007 noch ein Plus von 8,5 %, ist in diesem Jahr nur noch mit 3,9 % zu rechnen.

Im Jahr 2009, wenn die Auftragspolster dann teilweise abgearbeitet sind, werden es kaum mehr als 1,3 % sein.

Auch dies hängt stark davon ab, inwieweit die gegenwärtige Krise in den USA die asiatischen Märkte in Mitleidenschaft ziehen werden.

Die Krise verändert die Welt und zeigt, wie klein sie geworden ist, wie abhängig alle Akteure inzwischen voneinander sind.

Bereits Kurt Tucholsky schrieb 1931

unter dem Pseudonym „Peter Panter“:

„Was die Weltwirtschaft angeht, so ist sie verflochten“.

Die Globalisierung führt dazu, dass

die Mitspieler im globalen Wettbewerb zunehmend

die gleichen Voraussetzungen haben,

das gemeinsame „Spielfeld“ wird sozusagen „eingeebnet“.

Der amerikanische Pulitzer-Preisträger Thomas L. Friedmann

bringt es auf den Punkt, wenn er sagt: „**Die Erde ist flach**“.

Die Finanzkrise zeigt deutlich, wie „flach“ die Erde tatsächlich ist.

Beispiel Automobilindustrie:

BMW und Daimler haben eine Gewinnwarnung

für das laufende Jahr abgegeben, Volvo streicht 6000 Stellen,

bei Opel und Toyota stehen die Bänder still.

General Motors brach um 18, Ford um 11 Prozent ein.

General Motors und Chrysler prüfen eine Fusion.

Automobilzulieferer wie Leonie, Bosch, ZF oder Delphi senken Ihre Prognosen teilweise drastisch.

Im September wurden nach Angaben des VDA europaweit 8 Prozent weniger PKW zugelassen.

Dies kann uns als Zulieferer nicht kalt lassen.

All diese Informationen sind von entscheidender Bedeutung, wenn man sich die Frage stellt:

Wie ist die Lage, welche Konsequenz hat die Krise für uns und wie sind die kurz-, mittel- und langfristigen

Zukunftsperspektiven für die deutsche NE-Metallindustrie ?

Trotz aller Dramatik der Ereignisse sollten wir kühlen Kopf bewahren und uns auf unsere Stärken besinnen.

Denn: **Wo Angst ist, fehlt die Vernunft !**

Die aktuelle Krise macht deutlich:

Deutschland braucht eine starke und wettbewerbsfähige **Industrie.**

Deutschland braucht eine starke **Metallindustrie**

für eine **nachhaltige Entwicklung**

und die Sicherung der **industriellen Wertschöpfungskette.**

Wir sind die Herzkammer der deutschen Industrie !

Um beim Autobeispiel zu bleiben:

Wenn wir in Deutschland kein Öl mehr haben,
fahren unsere Autos nicht mehr.

Aber: wenn wir keine Metalle mehr haben,
dann **produzieren** wir keine mehr !

Meine Damen und Herren,

die Metallindustrie ist ökonomisch UND ökologisch wertvoll.

Wir brauchen uns überhaupt nicht zu verstecken.

Im Gegenteil !

Metalle sind nicht nur die **unsichtbaren** Klimaschützer,
mehr noch: sie sind die **unverzichtbaren** Klimaschützer !

Ich bleibe beim Autobeispiel:

Rund **70 Prozent** der Rohkarosserie der aktuellen

Mercedes-C-Klasse besteht beispielsweise

aus hoch-, höher- und höchstfesten –

zum großen Teil auch feuerverzinkten

und damit korrosionsgeschützten **Stählen**.

In jedem Auto sind durchschnittlich **130 bis 150 kg Aluminium,**

25 kg Kupfer, über **10 kg Zink** –

und viele weitere Metalle enthalten.

Durch den Einsatz von **Aluminium** beim Bau eines PKW lassen sich bis zu einem Drittel des Gewichts einsparen – und somit erheblich Kraftstoff.

Der Einsatz von **Kupfer** im Auto erfolgt hauptsächlich aufgrund seiner elektrischen Leitfähigkeit und seiner effizienten Einsatzmöglichkeiten.

In einem PKW der Mittelklasse steckt heute durch den Einbau elektronischer Komponenten und elektrisch betriebener Zubehörteile rund **ein Kilometer Kupferkabel**.

Wie sieht die **ökologische Perspektive** für unsere Branche aus ?

Zur CO₂-Reduzierung werden vermutlich zukünftig noch stärker neue Technologien, wie beispielsweise das Hybrid-Fahrzeug, Anwendung finden.

Auch hier zeigt sich nochmals deutlich,

welch **unverzichtbaren** Beitrag

Metalle zum Klimaschutz leisten.

So wird aufgrund des erforderlichen

zusätzlichen Elektromotors für den Antrieb

der Kupferanteil im Fahrzeug um weitere **12 kg** ansteigen.

Zur Reduzierung von CO₂-Emissionen im **Batteriebereich**

wird derzeit der Einsatz der **Lithium-Ionen-Batterie** diskutiert.

Gut für uns, denn sie enthält nochmals bis zu **5 kg Aluminium**,
rund **4 kg Kupfer**, **2 kg Stahl** sowie über **ein Kilogramm Nickel**.

Meine Damen und Herren, das Fazit dieser Analyse ist:
die Metallindustrie leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag
zur weltwirtschaftlichen Wertschöpfung,
sie ist vor allen Dingen auch **ökologisch wertvoll**.
Ohne Metalle kein Klimaschutz !

Wir sind daher nicht die **Problemverursacher**,
wir sind in vielen Fällen die **Problemlöser**.

Wir leisten unseren erheblichen Beitrag
zur Ressourceneffizienz und nachhaltigen Entwicklung.

Wir sind nicht **Täter**, die zu verhaften sind,
sondern **SaniTäter**, die mit Blaulicht ausgestattet werden sollten.

Wenn man uns aber die Luft aus dem Reifen
unseres Rettungswagens lässt, kommen wir nicht voran,
können unseren Beitrag nicht leisten.

Um diese Beiträge zum Klimaschutz auch in der Öffentlichkeit
im Sinne des Mottos „Tue Gutes und rede darüber“
noch deutlicher zu machen, hat die WVM
die Initiative **„Metalle pro Klima“** ins Leben gerufen.

Hier sind inzwischen eine ganze Reihe unserer Mitglieder
- nicht zuletzt auch der **Industrieverband Feuerverzinken** – aktiv.
Gerade auch die Feuerverzinker leisten
einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.
Ich will Ihnen nur ein Beispiel nennen: das **Parkhaus**:
Sie merken, bei mir dreht sich heute alles um das Auto....

Mit einem feuerverzinkten Parkhaus,
in dem 500 Tonnen Stahl verbaut sind,
ist über die gesamte Lebensdauer (60 Jahre) gesehen,
eine um **57 Tonnen geringere CO2-Emission** verbunden,
als mit einer vergleichbaren, beschichteten Bauweise.

Meine Damen und Herren,
die Erzeugung von Metallen aus Rohstoffen
geschieht in Deutschland unter höchsten Anforderungen
an die **Ressourcen- und Energieeffizienz**.
Die Lebensleistung eines Menschen direkt nach seiner Geburt
zu bemessen wäre genauso falsch,
wie die Bewertung von Metallen
gleich nach ihrer Gewinnung aus dem Erz.
Wie bei jeder menschlichen Aktivität werden auch
für die Metallgewinnung zunächst einmal Ressourcen beansprucht.

Diese Anfangsinvestition ist nötig,
um Metalle überhaupt erst einer Nutzung
für die Gesellschaft verfügbar zu machen.

Am Ende ihrer meist **langen Lebens- und Nutzungsdauer**
werden Metalle wegen ihres hohen Wertes
und ihrer einzigartigen Recyclingmöglichkeiten
einer **Wiederverwertung** zugeführt.

Wer weiß das besser als Sie.

In der Gesamtbilanz brauchen wir daher in Deutschland
sekundäre, aber auch primäre Metallerzeugung,
denn nirgendwo auf der Welt ist die Primärerzeugung
derart emissionsarm und ressourceneffizient.

Die Erzeugung und Verwendung von Metallen ist daher nicht
Teil des Problems, sondern Teil der Lösung !

Stellen wir daher selbstbewusst
unseren ökonomischen UND ökologischen Wert
für die Gesellschaft heraus.

Aus all diesen Gründen, meine Damen und Herren,
brauchen wir eine Unterstützung der Metallindustrie
durch die Politik und die Gesellschaft.

Wir brauchen wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen.

Wir brauchen gleiche Spielregeln für alle.

Ohne uns ist die Zukunft nicht zu gewinnen !

Ich habe die Hoffnung,

dass die Politik so ganz allmählich zu begreifen beginnt,
dass dies tatsächlich so ist.

Jetzt haben wir wieder eher die Chance,
die Klimaschutzdebatte zu versachlichen und
die Bedeutung der Industrie für Staat und Gesellschaft herauszustellen.

Ob die NE-Metallindustrie ihre
Zukunftsperspektiven am Standort Deutschland
auch tatsächlich verwirklichen kann,
ist abhängig von der Lösung einer ganzen Reihe Themen,
die unsere Wettbewerbsfähigkeit derzeit massiv beeinträchtigen.
Ich will nur einige wenige kurz anreißen.

Es sind dies:

- Das Thema **Energieversorgung und Klimaschutz**,
- das Thema der **Versorgung mit Rohstoffen**
zu wettbewerbsfähigen Kosten und nicht zuletzt
- das Thema **Steuern**.

Energieversorgung und Klimaschutz:

Meine Damen und Herren,

die Klimapolitik ist der größte Preistreiber beim Strom !

Jede Hütte, die sich zu den aktuellen Großhandelspreisen für Strom für das 2009 eindecken muss, wird im kommenden Jahr zwangsläufig rote Zahlen schreiben.

Bei beiden Zinkhütten wird dies 2009 der Fall sein;
bei den Aluminiumhütten spätestens 2012.

Das kann nicht sein und das darf auch nicht sein.

Die Frage ist:

Wie bekommen wir

strukturell wettbewerbsfähige Industriestrompreise ?

Diese wären dann gegeben,

wenn Grundlastabnehmer tatsächlich Grundlastpreise bezahlen.

Man muss sich daher fragen,

ob die jetzige Methode der Preisbildung beim Strom eigentlich die richtige ist.

Aus meiner Sicht ist das nicht der Fall.

Was ist zu tun ?

Es gibt mehrere Möglichkeiten, dies zu erreichen:

Erste Möglichkeit:

Man könnte einen Teil der zusätzlichen Gewinne aus einer etwaigen Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke in einen Fond einzahlen und in Industriestrompreise umwandeln. Also keine Förderung nur für Erneuerbare, sondern auch für die energieintensive Industrie.

Zweite Möglichkeit:

In der Emissionshandelsrichtlinie wird eine Kompensation der CO₂-Einpreisung für stromintensive Branchen festgelegt. Schon bei einem CO₂-Preis von 30 Euro je Tonne belaufen sich die indirekten Kosten für die NE-Metallindustrie auf knapp 400 Millionen Euro im Jahr.

Die direkten Kosten lägen bei Vollversteigerung bei 150 Millionen jährlich.

Zur Kompensation der indirekten Effekte fordern wir eine kostenlose Zuteilung in Relation zum Stromverbrauch. Ausgleichszahlungen wären eine weitere Möglichkeit.

Dritte Möglichkeit:

Energieversorgungsunternehmen und stromintensive Industriebetriebe vereinbaren langfristige Lieferverträge – ohne CO₂-Einpreisung auf Kernenergiebasis.

Vierte Möglichkeit:

Wir sind bereit, Kraftwerksscheiben zu erwerben

– realistische Konditionen, das heißt

internationale Wettbewerbsfähigkeit, vorausgesetzt.

Meine Damen und Herren,

diese Wege zu wettbewerbsfähigen Industriestrompreisen

hätten drei Effekte:

- Sie halten Unternehmen am Leben, die einen unverzichtbaren Beitrag zum Klimaschutz leisten.
- Sie bieten der Energiewirtschaft auf Jahren eine sichere und auskömmliche Absatzperspektive.
- Sie helfen der Politik, Ökologie und Ökonomie gewinnbringend zu vereinen.

Wir brauchen eine Lösung – und zwar rasch.

Zum Thema **Rohstoffversorgung:**

Die drastischen Verteuerungen und teilweisen Verknappungen,

zu denen es in den vergangenen Jahren

auf den internationalen Märkten

– insbesondere für **metallische** Rohstoffe – gekommen ist,

waren **zum Teil**, aber **nicht allein** marktbedingt.

Ein wichtiger Grund war die mangelnde Verfügbarkeit aufgrund von Handels- und Wettbewerbsverzerrungen. Länder wie Russland und China betreiben ganz bewusst eine **geostrategisch** ausgerichtete Wirtschaftspolitik mit dem **klaren** Ziel, den **strategischen** Zugang zu Rohstoffen zu sichern.

Meine Damen und Herren,
unstrittig ist: Die Rohstoffversorgung **ist** und **bleibt primär** Sache der Unternehmen selbst.
Allerdings müssen für alle Beteiligten die **gleichen** Spielregeln gelten.
Dies ist aber erkennbar nicht der Fall.

Die Politik ist beim Thema Rohstoffversorgung gefordert, insbesondere dort, wo **politisch** verursachte **Störungen** der Rohstoffversorgung **beseitigt** und wo **politische Rahmenbedingungen** neuen Erfordernissen **angepasst** werden müssen.

Dafür ist ein nachhaltiger Ansatz erforderlich.

Die Zeit drängt. Während wir in Deutschland und Europa über die richtigen Strategien diskutieren, werden auf den Märkten Fakten geschaffen.

Letztes Thema: **Steuern**

Dass das Steuerrecht in Deutschland den Mittelstand eher **ausbremst**, als dazu beiträgt, **Innovation** und **Wachstum** zu **beschleunigen**, ist hinlänglich bekannt.

Auf die **Erbschaftsteuerreform** warten insbesondere die familiengeführten Industrieunternehmen seit dem sogenannten „**Jobgipfel**“ aus dem Jahre 2005.

Ich erinnere daran:

Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung zugesagt, die Unternehmensnachfolge zu erleichtern.

Nach zehn Jahren sollte das fortführende Unternehmen **vollständig** von der Erbschaftsteuer **freigestellt** werden.

Davon sind wir weit entfernt.

Wenn man die aktuelle Diskussion der Großen Koalition verfolgt, dann scheint sich dies auch nicht so schnell zu ändern.

Die Politik muss ihre Zusagen einhalten.

Oder noch besser: die **Erbschaftsteuer einfach komplett abschaffen.**

Was in **Schweden** und **Österreich** pragmatisch geht und gesellschaftlich akzeptiert wird, muss bei uns doch auch möglich sein!

Meine Damen und Herren,
Die deutsche Industrie trägt ganz wesentlich dazu bei,
Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze
in unserem Land zu schaffen und zu sichern.
Mit ihren Leistungen und Produkten sichert sie
die nachhaltige Entwicklung und den sozialen Frieden.
Der industrielle Mittelstand ist die Basis und das Rückgrat
der Industrie, der Wirtschaft UND der Gesellschaft.

Um unseren Beitrag zu
Wachstum, Wohlstand und Sozialem Frieden leisten zu können,
brauchen wir wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen
und ein politisches Klima,
das die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie fördert und nicht behindert.

Genauso wie das Platzen der „New Economy-Blase“
hat auch das Platzen der „Immobilien-Blase“ gezeigt,
dass die oft so geschmähte „Old Economy“,
die Industrie kein **Auslaufmodell**,
sondern vielmehr das erfolgreiche **Zukunftsmodell**
zur Bewältigung der Herausforderungen einer globalisierten Welt ist.
Die Politik ist gefordert, dies anzuerkennen
und entsprechend zu handeln.

Unsere Aufgabe ist es,
dies nachdrücklich immer wieder deutlich zu machen.
Helfen Sie uns dabei, indem Sie dazu beitragen,
„Industriepolitik“ als
„Politik für eine wettbewerbsfähige Industrie“
wieder stärker auf die politische Agenda zu setzen.

Nur gemeinsam wird uns das gelingen,
gemeinsam in unseren Verbänden,
im Industrieverband Feuerverzinken,
in der Wirtschaftsvereinigung Metalle,
in Berlin und in Brüssel.

Es lohnt sich.

Auch wenn noch viele Herausforderungen vor uns liegen,
unsere Arbeit ist durchaus erfolgreich.

So ist es uns bei der Energie- und Klimapolitik
beispielsweise gelungen,
die weitgehende Befreiung unserer Industrie
von der Energie- und Stromsteuer,
die Ausweitung der EEG-Härtefallregelung
sowie die Abwendung neuer Belastungen bei der Nutzungspflicht
erneuerbarer Energien im Gebäudebereich zu erreichen.

In der Rohstoffpolitik ist die WVM
die treibende Kraft der Entwicklung einer
gemeinsamen nationalen und europäischen Rohstoffstrategie.
Im Umweltbereich haben wir maßgebliche Beiträge und Entlastungen
für unsere Unternehmen beispielsweise bei REACH
durchsetzen können.

Dennoch, es gibt noch viel zu tun.

Lassen Sie uns endlich die **Bremsen lösen**
und **Fahrt aufnehmen !**

Für die Industrie, für den industriellen Mittelstand

Für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand in Deutschland.

„NE-Metalle sind modernes Leben.“

Ich danke Ihnen.